

## K-1 Zukunft wird GRÜN geschrieben

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	25.09.2018
Tagesordnungspunkt:	2. „Zukunft wird GRÜN geschrieben“ – Leitantrag zur Kommunalwahl 2019 mit Generaldebatte und Abstimmung
Status:	Modifiziert

## Antragstext

### 1 Zukunft wird GRÜN geschrieben

2 Kommunalpolitik ist die Wurzel bündnisgrüner Politik in Sachsen-Anhalt. Aus  
3 Initiativen vor Ort heraus, die sich um Umweltschutz und Demokratisierung im  
4 Großen und ganz konkreten kümmern gründeten sich in unserem Land BÜNDNIS 90/  
5 DIE GRÜNEN. Diese Basis ist uns nicht nur Vermächtnis, sie ist uns eine wichtige  
6 Aufgabe und eine Stärke unserer Partei. Noch heute sind Bürgerinitiativen und  
7 Vereine vor Ort unsere stärksten Partner, wenn es um die Gestaltung von Zukunft  
8 für Sachsen-Anhalt geht.

9 Denn wer unsere Gesellschaft ökologischer, gerechter und demokratischer machen  
10 will, muss vor Ort beginnen. Hier können wir Menschen für unsere Ideen gewinnen,  
11 ihnen zeigen, dass mit grünen Ideen reale Politik gemacht werden kann, die die  
12 Kommune besser macht.

13 Wir stärken die Kommunen, damit sie eine attraktive und lebenswerte Heimat sind.  
14 Lokale Institutionen wollen wir von der Freiwilligen Feuerwehr über örtliche  
15 Besonderheiten bis zum Ehrenamt unterstützen.

16 In den Gemeinden und Kommunen begegnen sich Mandatsträger\*innen und Bürger\*innen  
17 so konkret und direkt, wie nirgends sonst. Darin liegen Chancen für die  
18 Gesellschaft, das kann helfen Politikmüdigkeit zu überwinden, wenn es gelingt,  
19 die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen direkt in die kommunalen Gremien zu  
20 transportieren. Wir wollen Instrumente und Verfahren dafür stärken und die  
21 Bürger\*innen so weit wie möglich beteiligen.

22 Die Kommunalwahl 2019 stellt uns gerade in Zeiten einer zunehmenden  
23 gesellschaftlichen Spaltung einerseits und einer Politik(er\*innen)verdrossenheit  
24 andererseits vor enorme Herausforderungen. Aber sie bietet auch die Möglichkeit  
25 gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die Diskussion wieder zurückzuholen  
26 in den realen Raum. Wenn reale Probleme vor Ort diskutiert und angepackt werden,  
27 wenn es wieder um das Leben und Erleben der Menschen geht statt um virtuell  
28 geschürte Ängste geht, dann kann es gelingen, dass Politik wieder nah bei den  
29 Menschen wahrgenommen wird.

30 Dafür ist es wichtig, dass sich alle Bevölkerungsgruppen in den kommunalen  
31 Gremien gut vertreten fühlen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gehen voran. Wir bewegen  
32 Frauen, zu den Ratswahlen zu kandidieren. Gerade für sie braucht es jedoch  
33 veränderte Rahmenbedingungen, hier fordern wir Änderungen in den kommunalen  
34 Satzungen. Echte Demokratie schließt niemanden aus und bemüht sich aktiv um  
35 aktive Beteiligung der gesamten Gesellschaft. Aber auch für kommunale  
36 Mandatsträger\*innen müssen angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

37 Wir sorgen mit unseren paritätisch aufgestellten Wahllisten dafür, dass es ein  
38 gutes Angebot an Kandidat\*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft gibt und  
39 wir gestalten gemeinsam unseren Wahlkampf so, dass dieses Angebot auch  
40 angenommen wird. Dabei wollen wir transparent zeigen, wer die Menschen sind, die  
41 für uns zur Wahl stehen.

42 Wir stellen uns in Sachsen-Anhalt auch in den Kommunen einer Verrohung der  
43 politischen Kultur entgegen. Wir arbeiten ein lösungsorientiertes und  
44 kommunikatives Klima in den Räten, weil das den Menschen nutzt. Wir machen  
45 Angebote, die das Leben verbessern. GRÜN stärkt Sachsen-Anhalt.

46 Wir fordern Sie dazu auf, mitzumachen und sich einzumischen, denn nur gemeinsam  
47 können wir unsere Kommunen zukunftsfest gestalten. Informieren Sie sich,  
48 diskutieren Sie mit, stellen Sie sich auf und vor allem: gehen Sie am 26. Mai  
49 2019 wählen und entscheiden Sie sich dabei für eine demokratische Partei!

## 50 Zukunft mit grünen Kommunen

51 Sachsen-Anhalt ist ein großes Land mit sehr verschiedenen Naturräumen. Stadtgrün  
52 und Landschaft – die Kommunen haben mit sehr verschiedenen ökologischen  
53 Herausforderungen zu tun. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass jeder Umgang mit  
54 Landschaft und Naturraum vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt ist. Wir tragen  
55 Verantwortung für das Land und die Natur, die wir unseren Nachkommen  
56 hinterlassen.

57 Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der Zukunft,  
58 auf die wir auch in unseren Kommunen reagieren müssen. Die Reduzierung von CO2-  
59 Emissionen durch Energieeffizienz, die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen  
60 und ressourcenschonendes Wirtschaften kommen langfristig auch den kommunalen  
61 Haushalten zugute. Zugleich müssen auch Anpassungsstrategien für den Umgang mit  
62 bereits jetzt absehbaren Folgen der Klimaerwärmung verfolgt werden.  
63 Hochwasserschutz und der Umgang mit Wassermangel und mit dem Klima in den  
64 Gemeinden sind dabei besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen kann es  
65 für Kommunen sinnvoll sein, eine\*n Klimamanager\*in einzustellen, der\*die mit  
66 Sachverstand den Klimaschutz koordiniert und vorantreibt.

67 Wir wehren uns gegen Flächenfraß und Flächenversiegelungen. Ländliche Kommunen  
68 müssen auf die Einhaltung der Breite von Wegrandstreifen bestehen. Der Einsatz  
69 von Pestiziden auf Friedhöfen, in Parks, an Wegrändern und auf anderen  
70 kommunalen Flächen ist auf das unbedingt notwendige zu beschränken. Den Einsatz  
71 von Glyphosat lehnen wir ab. Dem Insektensterben muss auch im urbanen Raum etwas  
72 entgegengesetzt werden. Kommunen sollen überall extensiv gepflegte Blühflächen  
73 vorhalten. Wir möchten überall wo möglich Streuobstwiesen und  
74 Schulgartenprogramme fördern.

75 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Landgrabbing (spekulativer Kauf von Agrarflächen)  
76 möglichst verhindern. In diesem Bereich sind besonders Bund, Land und Wirtschaft  
77 gefragt. Doch auch Kommunen können in diesem Bereich Standards setzen, unter  
78 denen sie Flächen verkaufen.

79 Städte und Gemeinden wollen wir mittels ganzheitlicher Stadtentwicklung  
80 nachhaltig gestalten.

81 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 82 • nachhaltiges Wirtschaften im Naturraum
- 83 • klimasensible Kommunen
- 84 • kommunale Klimaanpassungsstrategien
- 85 • Blühstreifen und -flächen, Pestizidverzicht, Streuobstwiesen und  
86 Schulgärten
- 87 • kein Verkauf von kommunalen Flächen zu spekulativen Zwecken

## 88 Zukunft mit nachhaltigem kommunalem 89 Verkehrskonzept

90 Der Klimawandel ist in vollem Gange - mit massiven Folgen: Klimazonen  
91 verschieben sich, Dürre und Versteppung breiten sich aus und heftige Unwetter  
92 nehmen zu. Regionen auf der ganzen Welt sind davon bedroht. Verantwortlich für  
93 diesen gefährlichen Prozess ist vor allem das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid  
94 (CO<sub>2</sub>), das bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl entsteht. Der Verkehr ist  
95 heute einer der größten Produzenten von CO<sub>2</sub>. Daher gehört zur Energiewende auch  
96 eine Verkehrswende.

97 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Umsetzung eines nachhaltigen  
98 Verkehrskonzepts ein. Dies erreichen wir, indem wir Voraussetzungen schaffen,  
99 damit Verkehr vermieden, auf den Umweltverbund aus Fußverkehr, Radverkehr und  
100 ÖPNV verlagert, und technisch verbessert wird.

101 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Städte lebenswerter machen, in dem wir sie so  
102 gestalten, dass möglichst viele Bürger\*innen auch ohne Auto mobil sein können.

103 Wir wollen:

- 104 • das Radwegenetz ausbauen und durch überregionale Verbindungen Ober- und  
105 Mittelzentren an die Umgebung anschließen.
- 106 • Straßenraum fußgänger\*innenfreundlich gestalten durch Einführung von  
107 Zonen, in denen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind  
108 (Gemeinschaftsstraßen, shared space).
- 109 • Einbahnstraßen für Radfahrer\*innen freigeben und Fahrspuren umwidmen.
- 110 • den Bau von Fahrradstationen fördern.
- 111 • sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Haltestellen, in Wohn- und  
112 Einkaufs-quartieren schaffen.
- 113 • die Stellplatzsatzung novellieren.

## 114 Öffentlicher Personennahverkehr und Motorisierter 115 Individualverkehr:

- 116 • die Attraktivität des ÖPNV steigern. Dieser soll gut ausgebaut, dicht  
117 getaktet, zuverlässig, sicher und sauber sein.
- 118 • dessen Finanzierung sicherstellen und dafür sorgen, dass er für alle  
119 bezahlbar bleibt. Neue Finanzierungsmodelle wie Beitrags- oder  
120 Umlagefinanzierung wollen wir zusammen mit den Bürgern diskutieren und  
121 abstimmen.
- 122 • die Einführung von digital verfügbaren sog. Handytickets.
- 123 • ein flächendeckendes Netz von Stromladestationen für Elektroautos und  
124 Pedelecs.

## 125 Zukunft mit guter kommunaler Infrastruktur

126 Lebensqualität hängt auch vom Zustand der kommunalen Infrastruktur ab. Die  
127 begrenzten Mittel sollen dafür transparent, konzentriert und nachhaltig  
128 eingesetzt werden. Die kommunale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor  
129 für Unternehmen und Grundlage für die individuelle Mobilität. Der Erhalt von  
130 Straßen, Wegen sowie der leitungsgebundenen Versorgung ist eine große  
131 Herausforderung für die Kommunen. Die Beteiligung von Bürger\*innen an den Kosten  
132 von Ausbau und Erhalt ist einer der großen Streitpunkte in der Kommunalpolitik.  
133 Wir wollen, dass die Beteiligten vor Ort sowohl an den Entscheidungen als auch  
134 den Kosten beteiligt werden.

135 Für uns gilt das Credo Straßenerhalt vor Straßenausbau. Bei Neu- und Umbauten  
136 sind an den gestiegenen Anforderungen des Radverkehrs und der Barrierefreiheit  
137 Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere für Haltestellen des öffentlichen  
138 Personennahverkehrs.

139 Der Zugang zu schnellem Internet wird für Bürger\*innen wie auch Wirtschafts- und  
140 Wissenschaftsstandorte immer wichtiger. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten en  
141 Breitbandausbau als Daseinsfürsorge. Wir fordern daher den flächendeckenden  
142 Anschluss mit 100 Mbit/s und orientieren uns dazu auf Glasfaser in Stadt und  
143 Land. Außerdem wollen wir Lücken im Mobilfunknetz schließen.

144 Im öffentlichen Raum setzen wir uns für mehr Standorte mit offenem WLAN und  
145 Freifunk ein. Die Kommunen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

146 Die Digitalisierung der Kommunen ist das Gegenteil vom Ziehen einer Wartenummer.  
147 Kommunale und behördliche Dienstleistungen sind allumfassend auch online  
148 anzubieten (z.B. App-Angebote, Online-Konsultationsverfahren, E-Petitionen). Das  
149 Land muss mit einem eGovernmentgesetz verlässliche Strukturen und Standards  
150 bereitstellen und damit alle Maßnahmen bündeln, die digitale Sicherheit  
151 gewährleistet und Behördengänge abseits von Öffnungszeiten und  
152 Verwaltungsstandorten durchgehend ermöglicht.

153 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 154 • den Erhalt von Straßen statt dem Neubau
- 155 • die Verlagerung von Verkehr auf die Schienen
- 156 • Lärmschutz an Zugtrassen
- 157 • den Breitbandausbau in der Fläche
- 158 • frei zugängliches Internet im öffentlichen Raum
- 159 • eGovernment in Stadt und Land

## 160 Zukunft mit mehr finanzieller Sicherheit für die 161 Kommunen

162 Die finanzielle Lage der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist sehr unterschiedlich.  
163 Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik liegt in der Eigenverantwortung der  
164 Kommunen. Selbstverständlich müssen die Kommunen im Land auskömmlich finanziert  
165 werden. Die durchgeführten Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes hat vielen  
166 Kommunen Verlässlichkeit und Planbarkeit verschafft. Trotzdem befinden sich  
167 immer noch zahlreiche Kommunen in finanziell prekären Situationen und sind  
168 „auskonsolidiert“.

169 Leider verlangen die Kommunalaufsichten immer noch Einschnitte bei den  
170 freiwilligen Leistungen, dem Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung, sowie  
171 die Erhöhung von Beiträgen und Abgaben bis zur Kostendeckung. Dabei ist  
172 anzumerken, dass es in den Kommunen wenige Bereiche gibt, die  
173 betriebswirtschaftlich korrekt gerechnet, einen 100%igen Kostendeckungsgrad  
174 haben. Diese Defizite werden traditionell und verständlich hingenommen.

175 Am leichtesten für die Kommunen ist das Drehen an der Steuerschraube durch  
176 Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Beide sind in Sachsen-  
177 Anhalt für uns nur in geringem Umfang erhöhbar.

178 Es muss ein funktionierendes Altschuldenmanagement etabliert werden, damit  
179 angeschlagene Kommunen die Aussicht haben, wieder auf die Beine zu kommen.

180 Wegweisend dafür kann das Modell der „Hessenkasse“ sein. Zur Lösung der  
181 Altschuldenproblematik der Kommunen sind Land und Bund gefragt. Wir unterstützen  
182 jede Form des Protestes von Landkreisen und Kommunen, sich hier Gehör zu  
183 verschaffen.

184 Die Ausgabenseite wird bestimmt durch die Personalkosten und die laufenden  
185 Sachkosten. Die Ausgaben für die freiwilligen Leistungen liegen bei unter 6%,  
186 teilweise weit darunter. Es ist nicht zu akzeptieren, dass bei  
187 Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen durch das Land teilweise Absenkungen  
188 auf 2 % gefordert werden.

189 Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – ist konsequent einzuhalten.  
190 Allerdings wirkt es nur in die Zukunft.

191 Im Unterschied zu den Kommunen haben Landkreise keine eigenen Steuereinnahmen.  
192 Die Haupteinnahmequellen sind Zuweisungen von Bund und Land sowie die  
193 Kreisumlage. Vielerorts wird zu Recht beklagt, dass die Berechnung der  
194 Kreisumlage nicht transparent ist. Wir unterstützen Kommunen, die hier Klarheit  
195 schaffen wollen.

196 Nicht zu akzeptieren sind weitere Einschränkungen bei den freiwilligen  
197 Leistungen. Der Konsolidierungsdruck wird damit nur weitergereicht. Gerade die  
198 meist geringen Zuschüsse an Vereine und Initiativen, welche einen äußerst  
199 wichtigen Beitrag zum Ortsleben leisten, haben eine weit über die finanzielle  
200 Unterstützung hinausgehende Bedeutung. Darüber hinaus darf es nicht sein, dass  
201 die verfassungsrechtlich garantierte Hoheit der Kommunen über ihre Finanzen  
202 durch Auflagen ausgehöhlt wird.

### 203 Bürger\*innenhaushalt

204 Mit dem Bürger\*innenhaushalt soll die Möglichkeit gegeben werden, sich an der  
205 Erstellung des kommunalen Haushalts zu beteiligen. Das Verfahren dazu ist  
206 öffentlichkeitswirksam und transparent durchzuführen. Es soll die Möglichkeit  
207 geschaffen werden, auch über konkrete Projekte abzustimmen bzw. die Reihenfolge  
208 der Umsetzung festzulegen.

### 209 Gender Budgeting

210 Und ein wichtiger Bereich darf nicht durch eine enge Haushaltsführung weiter  
211 außen vor bleiben: das Gender Budgeting. Gender Budgeting ist die Anwendung des  
212 Gender Mainstreaming – der Strategie zur Förderung der Gleichstellung der  
213 Geschlechter – im Haushaltsprozess, wodurch Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel  
214 der Geschlechtergleichstellung umverteilt werden. Ohne Gender Budgeting ist eine  
215 erfolgreiche Gleichstellungspolitik kaum möglich. Wir werden uns für die  
216 Etablierung des Gender Budgeting in den Haushalten einsetzen. Die enge  
217 Haushaltsführung darf die Einführung von Gender Budgeting nicht verhindern oder  
218 hinauszögern.

### 219 Kommunale Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

220 Hauptaugenmerk der kommunalen Wirtschaftspolitik lag bisher auf dem  
221 Konkurrenzkampf um überregionale Ansiedlungen. Die mit hohem Flächenverbrauch  
222 und Bodenversiegelung verbundenen Vorleistungen belasten noch heute viele  
223 kommunale Haushalte.

224 Der Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik muss deshalb zum einen auf die  
225 Unterstützung von Existenzgründungen und Start-Ups gelegt werden. Die Kommunen  
226 sollten ihre Möglichkeiten zur Unterstützung neuer Unternehmen voll ausschöpfen.  
227 Besonders mit den Hochschulen haben die Kommunen dazu einen potenten Partner.

228 Zum anderen gilt es mit einer aktiven Bestandssicherung den ansässigen  
229 Unternehmen ihre Entwicklungschancen zu erhalten und ihren Verbleib zu sichern.  
230 Dazu gehören die Unterstützung bei Erweiterung oder Umbaus sowie bei der  
231 Regelung der Unternehmensnachfolge.

232 Die Herausforderung der Digitalisierung zur Modernisierung der Wirtschaft muss  
233 auch kommunal vorangetrieben werden. Breitbandversorgung gehört dazu genauso wie  
234 die Offenheit für neue Geschäftsmodelle und unkonventionelle Ideen.

235 Einzelhandel und Gastronomie sind wichtige Zielpunkte in der Innenstadt. Bei der  
236 Stadtentwicklung und der Gestaltung eines vitalen Ortskerns kommen den  
237 kommunalen Wohnungsunternehmen eine besondere Rolle zu. Sie müssen ihre  
238 Spielräume dafür nutzen.

239 Wir wollen auch neue Wertschöpfungsstrategien für die ländlichen Räume mit  
240 regionalen Vermarktungen, lokalen Marken und Dorfgemeinschaftsläden schaffen.

#### 241 Stadt- und Kreissparkassen als starker Partner in der Region

242 Die kommunalen Finanzinstitute sind ein wichtiger Partner für Menschen und  
243 regionale Wirtschaft. Durch ihre Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten haben  
244 sie eine besondere Nähe zu ihren Kund\*innen. Trotz Kostendrucks und  
245 fortschreitender Digitalisierung haben die Sparkassen als kommunales Unternehmen  
246 eine besondere Verantwortung, ein kundennahes Filialnetz aufrecht zu erhalten.  
247 Für Existenzgründer\*inenn müssen die Sparkassen ein starker Partner sein.

#### 248 Tourismusförderung

249 Natur-, Kultur-, Rad- und Städtetourismus sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für  
250 unsere Kommunen. Die landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen sind in  
251 ganz Sachsen-Anhalt reichhaltig gegeben. Die Biosphärenreservate und Natura2000-  
252 Gebiete, die UNESCO-Welterbestätten, der Harz und sein Umland sowie Elbe, Saale  
253 und Unstrut sind beliebte Ferien- und Ausflugsziele. Die Kommunen müssen im  
254 Tourismus enger kooperieren, mit dem Ziel, durch attraktive Angebote die Gäste  
255 gemeinsam in der Region zu halten.

256 Gerade im Radtourismus gilt es, noch Potenziale zu heben. Bei Wegweisung,  
257 Wegebeschaffung und E-Tankstellen gibt es in unserem Land erheblichen  
258 Nachholbedarf. Die Kommunen sind in der Pflicht, ihren Beitrag zu einer modernen  
259 Radinfrastruktur zu leisten.

#### 260 Divestment – verantwortlich investieren

261 Wir wollen, dass sich Kommunen ihrer moralischen Verantwortung für den  
262 Klimawandel bewusst werden. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kommunen  
263 dazu auf, ihre Investitionen aus fossilen Energien abzuziehen und in nachhaltige  
264 Geldanlagen zu investieren.

265 Wir GRÜNEN setzen uns ein für:

- 266 • die Einhaltung des Konnektivitätsprinzips
- 267 • die Durchsetzung von Gender Budgeting
- 268 • grüne Wirtschaftsförderung mit Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen  
269 sowie auf Existenzgründer\*innen
- 270 • eine naturnahe Tourismusförderung
- 271 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment)

## 272 Zukunft in lebenswerten Kommunen

### 273 Bürger\*innenbeteiligung

274 Wir wollen Menschen ehrlich und ernsthaft an der Ausgestaltung unserer  
275 Demokratie teilhaben lassen. Deshalb treten wir für die aktive Beteiligung aller  
276 Einwohner\*innen in politischen Entscheidungsprozesse ein. Bürger\*innen sollen  
277 frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden. Kontinuierlich  
278 arbeitende Gremien wie Kinder und Jugend-, Migrant\*innen-, Senior\*innen- oder  
279 Behindertenbeiräte sollen flächendeckend geschaffen und um punktuelle  
280 Beteiligungsverfahren wie Bürger\*innenforen, Zukunftswerkstätten oder  
281 Bürger\*innenbefragungen ergänzt werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten müssen so  
282 konzipiert sein, dass sie zur breiten Teilnahme einladen. Um so viele Menschen  
283 wie möglich miteinbeziehen zu können, sollen Informationen der Verwaltung für  
284 Bürger\*innen auch in leichter Sprache veröffentlicht werden. Zudem sollen  
285 öffentliche Sitzungen im Internet übertragen werden, Sitzungsprotokolle, -  
286 unterlagen, Beschlüsse, sowie Amtsblätter im Internet offen zugänglich sein. In  
287 kommunalen Gremien und Bürger\*innenversammlungen sollen außerdem das Frage- und  
288 Rederecht für Bürger\*innen erweitert werden. Amtsblätter sollen neben  
289 Beschlüssen auch die Sicht der Fraktionen, Vereinen und Bürgerinitiativen  
290 darstellen. Ein Bürger\*innenhaushalt bietet neben Transparenz die Möglichkeit,  
291 Spar- und Investitionsvorschläge der Bevölkerung in Haushaltsentscheidungen  
292 miteinzubeziehen.

### 293 Frauen

294 50% der Macht den Frauen – das ist unser Credo. Dieses Ziel wollen wir  
295 langfristig auch in der Kommunalpolitik erreichen. Daher wollen wir kommunale  
296 Fraktionen und Verwaltungen dazu anregen, dass es durch veränderte  
297 Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Möglichkeit der Elternzeit für kommunale  
298 Mandatsträger\*innen auch Eltern und insbesondere Müttern möglich ist, sich für  
299 ein kommunales Mandat zu entscheiden. Geschlechterparität in öffentlichen  
300 Ämtern, Ausschüssen und Aufsichtsgremien ist unser Ziel.

301 Kommunale Verwaltungen, die Geschlechterparität in der Verwaltungsspitze  
302 umsetzen, erfüllen eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Für kommunale  
303 Verwaltungen muss es selbstverständlich sein, Frauen die gleichen Einstellungs-  
304 und Aufstiegschancen wie Männern zu ermöglichen. Dazu gehören flexible,

305 familienfreundliche Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen, die  
306 für alle kommunalen Arbeitnehmer\*innen attraktiv gestaltet werden.

### 307 Kinder und Jugendliche

308 Kinder und Jugendliche wollen mitreden und mitgestalten. Auch junge Menschen  
309 sollen immer dann am Entscheidungsprozess beteiligt werden, wenn sie unmittelbar  
310 betroffen sind. Werden sie an Entscheidungen beteiligt, können Kinder und  
311 Jugendliche diese besser nachvollziehen und deren Ergebnisse mehr wertschätzen.  
312 Mit Räumen zur Selbstgestaltung können sich Kinder und Jugendliche zudem  
313 identifizieren und somit an ihre Umgebung binden. Zu diesem Zwecke wollen wir  
314 Kinder- und Jugendparlamente einrichten, welche in den Gemeindeversammlungen  
315 Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht erhalten.

316 Auch für Kitas und Schulen fordern wir, das Machtgefälle zwischen Angestellten,  
317 Eltern und Kindern zu lockern und damit die Mitbestimmung der Kinder zu  
318 ermöglichen. In Kitas und Schulen lernen Kinder die Gesellschaft im Kleinen  
319 kennen und können somit Demokratie direkt erleben. Wir setzen uns daher für  
320 Demokratieförderung in Kitas und Schulen ein.

### 321 Ehrenamt

322 Das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger\*innen in verschiedensten  
323 Bereichen unterstützen und wertschätzen wir. Es zeigt uns, dass sich Menschen in  
324 ihrer unmittelbaren Umgebung für andere Menschen einbringen wollen. Besonders  
325 für Ehrenamtliche im Bereich der Feuerwehr oder der DLRG stellt ihr Ehrenamt  
326 einen großen Teil des Lebens dar. Ihre Familien müssen zugunsten des Engagements  
327 häufig zurückstecken, während die Ehrenamtlichen Leben retten. Uns ist es daher  
328 wichtig, eine echte Anerkennungskultur zu entwickeln, bei der Ehrenamtliche  
329 beispielsweise ermäßigten Eintritt zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern  
330 gewährt wird.

331 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 332 • konsequente Einbeziehung verschiedener Beiräte und punktueller  
333 öffentlicher Foren
- 334 • erweiterte Information- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\*innen  
335 durch Livestream von öffentlichen Sitzungen, Bereitstellung öffentlicher

- 336 Dokumente – auch in leichter Sprache, erweitertes Rede- und Fragerecht in  
337 Gremien
- 338 • eine Steigerung des Frauenanteils in kommunalen Vertretungen durch  
339 veränderte Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und der Möglichkeit zur  
340 Elternzeit für kommunale Mandatsträger\*innen
  - 341 • familienfreundliche Verwaltungen, die Vorbildcharakter für die  
342 Gesellschaft haben und allen kommunalen Arbeitnehmer\*innen gleiche Chancen  
343 bieten
  - 344 • die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Kinder- und  
345 Jugendparlamenten mit umfassenden Beteiligungsrechten
  - 346 • echte Anerkennungskultur für Ehrenamtliche

## 347 **Zukunft in sozialen Kommunen**

348 Der soziale Zusammenhalt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Die Kommunen als  
349 Träger der sozialen Wohlfahrt haben großen Anteil daran, dass sich die Menschen  
350 in ihren Gemeinden ernst- und wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen. BÜNDNIS  
351 90/DIE GRÜNEN streiten dafür, dass Kommunen diese Aufgabe für die Gesellschaft  
352 nicht allein im Rahmen von Pflichtaufgaben erfüllen. Der offensive Blick auf  
353 soziale Probleme und die Unterstützung freiwilligen Engagements sind uns gerade  
354 im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ein großes  
355 Anliegen. Die konkrete Verbesserung der Lebensqualität kann dazu beitragen die  
356 Spaltung der Gesellschaft zu verringern, Menschen im Land und auf dem Land zu  
357 halten und Demokratieverdrossenheit etwas entgegenzusetzen.

358 Das gilt besonders für Initiativen in der Jugendhilfe. In Zeiten immer knapperer  
359 kommunaler Haushalte müssen Jugendhilfe- und Freizeitangebote wie  
360 Pflichtaufgaben betrachtet werden. Die Einbindung Heranwachsender in unsere  
361 Gesellschaft und die Gemeinschaft vor Ort ist die Chance, sie in ihrer Heimat zu  
362 halten.

363 Wir wollen, dass Kommunen sozialräumlich planen und gestalten, um Problemen  
364 angepasst und sinnvoll vorzubeugen und zu begegnen.

365 Vereine wollen wir möglichst finanziell unterstützen, denn sie spielen eine  
366 wichtige Rolle für Zusammenhalt der Gesellschaft. Beratungsstellen für jegliche  
367 Lebenslagen sollten für alle gut verteilbar in Sachsen-Anhalt vertreten sein.  
368 Auch Frauenhäuser müssen mit ausreichender Platzanzahl und sicherer Finanzierung  
369 für Frauen erreichbar sein.

370 Wir sind besorgt über die immer schwieriger werdende gesundheitliche Versorgung  
371 in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen mit regionalen  
372 Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte  
373 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Kommunale Kliniken sind in kommunaler  
374 Trägerschaft zu halten und können mit medizinischen Versorgungszentren und  
375 eingebetteten Pflegeambulanzen einen wichtigen Beitrag auch bei der ambulanten  
376 medizinischen Versorgung leisten. Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen  
377 die Kommunen in die Pflicht, Wohn- und Betreuungsformen zu erproben und zu

378 gestalten, die Menschen jeden Alters ein gemeinsames Leben in den Kommunen  
379 erlaubt.

380 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auch für inklusive Kommunen ein. Wo immer möglich  
381 sollen Barrieren abgebaut und Hilfen aufgerüstet werden.

382 Wohnen – auch in Innenstädten – muss für jeden Geldbeutel erschwinglich sein.  
383 Deshalb soll der soziale Wohnungsbau gefördert werden, wobei für uns Umbau vor  
384 Neubau steht.

385 Wir setzen auf die Integration von Migrant\*innen in Sachsen-Anhalt. Die gelebte  
386 und vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die  
387 Kommunen dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese  
388 Initiativen brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit. BÜNDNIS  
389 90/DIE GRÜNEN wissen, dass Spracherwerb und die Chancen einer funktionierenden  
390 Nachbarschaft die Schlüssel zum Ankommen in unserer Gesellschaft sind.  
391 Sprachkurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden und so gestaltet sein,  
392 dass auch besondere Zielgruppen wie Mütter oder Familien dafür erreichbar sind.  
393 Wir wollen, dass Migrant\*innen dezentral untergebracht werden, damit Kontakt  
394 möglich und Berührungsangst abgebaut wird.

395 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 396 • eine starke Jugendhilfe
- 397 • regionale Gesundheitskonferenzen
- 398 • kommunale Krankenhausträger auch als Lösung für ambulante  
399 Versorgungprobleme
- 400 • inklusive Kommunen
- 401 • erschwingliches Wohnen
- 402 • Integration von Geflüchteten

## 403 **Zukunft mit Veränderung der Bildungslandschaft –** 404 **Die Herausforderung heißt „Bildung für Alle“**

405 Bildung geschieht vor Ort. Sie findet konkret in den Kitas, Schulen,  
406 außerschulischen Bildungseinrichtungen, Vereinen, in der Erwachsenenbildung und  
407 in Seniorenkollegs statt. Die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen geben dazu  
408 nur ungenügend Unterstützung. Die Veränderung, die wir für beste Bildung  
409 benötigen, liegt vor allem in den Köpfen der Verantwortlichen. Wie kann Bildung  
410 gemeinsam gelingen? Wie können wir konkret vor Ort kooperieren, damit eben aus  
411 formalen Zuständigkeiten verantwortliches Handeln für eine gute Bildung  
412 erwächst?

413 In Kitas wird heute spielend gelernt. Bildungspläne sind auch hier angekommen,  
414 um gerade in den ersten Lebensjahren Sprache, Zahlen und Gesellschaft für Kinder  
415 erlebbar zu machen. Dazu müssen ausreichend Kitaplätze zur Verfügung stehen.

416 Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch des Lebens, denn sie  
417 stellen häufig ein Zentrum der Gemeinden dar. Sie öffnen sich zur Gesellschaft,

418 Vereinen und verschiedenen Kooperationspartnern wie Bibliotheken oder  
419 Umweltverbänden. Schulen sollten in Zukunft von 7 bis 21 Uhr offen sein und  
420 allen Menschen im Quartier eine Möglichkeit geben, Bildung mitzugestalten.  
421 Stadtteilbibliotheken können in Schulen beheimatet sein und zum Lesen anregen.  
422 Vereine könnten Schulen abends nutzen.

423 Die Entscheidungen für eine ausgezeichnete Schulkultur, in der sich besser  
424 lernen lässt, fällt in der Schule – beim Schulleitungsteam und in der  
425 Schulgemeinschaft. Dazu benötigen Schulen in Zukunft mehr  
426 Entscheidungskompetenzen – für Personal und Finanzen.

427 Die Kooperation mit der Jugendhilfe sollte strukturiert angegangen werden. Wir  
428 müssen weg von „Einzelfalllösungen“ in der Jugendhilfe. Nicht wenn das Kind  
429 sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist, d. h. wenn es Probleme mit z. B.  
430 Drogen hat, benötigen wir die Drogenberatung, sondern präventiv, vorausschauend,  
431 muss Drogenberatung stattfinden. „Gruppenangebote“ in Schulen anzubieten ist  
432 dabei die Strategie. Alle Schüler\*innen können bei Bedarf die Drogenberatung,  
433 die ein Büro oder eine Beratungszeit in der Schule hat, niedrigschwellig  
434 wahrnehmen. Dazu benötigen wir mehr guten Willen als gesetzliche Änderungen und  
435 zwar in den Landratsämtern, Kreistagen, Stadtverwaltungen und Stadträten.  
436 Kommunale Bildungspläne helfen dabei zu erkennen, wo es schon ausgezeichnete  
437 Kooperationen gibt und wo Kooperationen noch ausgebaut werden müssen.

438 Schulen sollen auch baulich Orte sein, wo Menschen sich wohlfühlen können.  
439 Ökologische Baurichtlinien sind dabei zu beachten und transparente Bauweisen  
440 sind zu bevorzugen. Flächen des Lernens statt Klassenräume sind eine  
441 Möglichkeit, Schulen ruhiger zu gestalten. Klassenräume dürfen transparent  
442 gestaltet sein.

443 Wir benötigen eine noch bessere Schulbeförderung. Sie muss sich nach den Kindern  
444 richten und nicht die Kinder an die Anbieter der Schulbeförderung. Ehrenamtliche  
445 Schulbegleiter\*innen können das Miteinander im Bus und an der Bushaltestelle  
446 befördern. Verbesserungen benötigt es auch im Bereich der Beförderung von  
447 Auszubildenden. Große Firmen müssen daher an den öffentlichen Nahverkehr  
448 angeschlossen werden.

449 Veränderung gibt es auch in der Erwachsenenbildung. Lebensbegleitendes Lernen  
450 wird angesichts des gesellschaftlichen Wandels selbstverständlicher. Viele  
451 Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind niedrigschwellig. Alphabetisierung und  
452 Grundbildung ist eine der Schlüsselfragen der Weiterbildung. Die Digitalisierung  
453 der Gesellschaft führt zu einem höheren Bedarf von Schriftsprache. Auch in  
454 Unternehmen kann diese Grundbildung angeboten werden. Die Universitäten und  
455 Fachhochschulen sind Teil der Stadtgesellschaft und viele Kooperationen mit  
456 Unternehmen und Weiterbildungseinrichtungen finden statt. Ehrenamtliches  
457 Engagement von Studierenden ist eine Möglichkeit, um Hochschulen mit  
458 Stadtgesellschaft zu verbinden.

459 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 460 • ausreichend Kitaplätze
- 461 • die Öffnung von Schulen zum Gemeindeleben
- 462 • mehr Entscheidungskompetenzen für Schulen
- 463 • ökologischen Schulbau
- 464 • verbesserte Schul- und Auszubildendenbeförderung
- 465 • Verbesserungen in der kommunalen Erwachsenenbildung

## 466 Zukunft mit Kultur in den Kommunen

467 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Förderung eines „Kultursommers“ für Dörfer und  
468 kleine Städte. Die Herausforderung in der Kultur besteht in der Angleichung der  
469 Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Die städtische Kulturförderung soll  
470 weiter ausgebaut werden – seien es Theater, Konzertsäle oder Puppentheater.  
471 Kultur soll für Kinder, Jugendliche und alle Bürger\*innen niedrigschwellig  
472 zugänglich sein. Barrierefreiheit ist auch hier ein großes Thema. Wir setzen auf  
473 alle Formen der Kultur, um die zivile Gesellschaft zu stärken. Soziokulturelle  
474 Zentren wollen wir stärken. Sie sind Orte der Begegnung und Beteiligung.

475 Tierparks und Zoos gehören auch zur kulturellen Landschaft. Eine artgerechte  
476 Haltung von Wildtieren im Zirkus ist nicht möglich. Bis auf Bundesebene ein  
477 solches Haltungsverbot beschlossen wird, wollen wir auf kommunaler Ebene alle  
478 Möglichkeiten nutzen, um bessere Bedingungen für Zirkustiere zu erreichen. Wir  
479 fordern die Kommunalverwaltungen auf darauf hinzuwirken, dass das die  
480 Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen in den Kommunen nicht möglich ist.

481 In den Kommunen findet die EU jeden Tag statt. Am sichtbarsten wird das, wenn  
482 Straßen und Gebäude mit Förderprogrammen der EU errichtet werden. Doch auch  
483 durch Städtepartnerschaften wird die EU erlebbar. Menschen kommen sich über  
484 Landesgrenzen hinweg näher, schließen Freundschaften und es entstehen Projekte,  
485 von denen alle profitieren. Das unterstützen und fördern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
486 Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission, Städte und  
487 Regionen, die beispielsweise ihre Bereitschaft erklären, Geflüchtete aufzunehmen  
488 oder besondere Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele umsetzen, durch  
489 europäische Fördermittel stärker und direkt ohne den Einfluss der  
490 Nationalstaaten zu unterstützen.

491 Förderung von Breitensport und sportlichen Freizeitangeboten sind für BÜNDNIS  
492 90/DIE GRÜNEN von großer Bedeutung. Sportstätten müssen zur Verfügung stehen,  
493 entsprechend ausgestattet und gepflegt sein. Wichtig ist außerdem die Erhaltung  
494 öffentlicher Sportanlagen mit Investitionen in Nebengebäude (Instandhaltung,  
495 funktionierende Toilettenanlagen). Turnhallen sollen schrittweise energetisch  
496 saniert werden. Auch Räume für Nischensportarten sollen zur Verfügung stehen.  
497 Wir unterstützen besonders Vereine, die die gegenüber einer gendergerechten  
498 Sportförderung aufgeschlossen sind.

499 Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- 500 • den Ausbau der städtischen Kulturförderung
- 501 • die Stärkung soziokultureller Zentren
- 502 • ein Wildtierverbot für Zirkusse
- 503 • die Verstärkung von Städtepartnerschaften im EU-Raum
- 504 • den Erhalt und die Pflege von Sportstätten